

Informationen aus dem L a n d t a g

Dezember 2021



**GRÜN.
KOMMT**



Liebe Freundinnen und Freunde, mit 2021 geht ein Jahr mit vielen Herausforderungen zu Ende. Die Hochwasser-Katastrophe im Juli dieses Jahres hat uns deutlich vor Augen geführt, welche verheerenden Auswirkungen der Klimawandel bereits jetzt – bei einer Erderwärmung von etwa 1,2 Grad – hat. Wir trauern mit den Angehörigen der Verstorbenen.

Viele Menschen werden verletzt und traumatisiert, viele haben ihr Hab und Gut verloren. Neben schnellen Hilfen für die Menschen vor Ort ist vor allem eines wichtig: Wir müssen die richtigen Lehren ziehen – für den Klimaschutz und die Klimaanpassung, für den Hochwasser- wie auch den Katastrophenschutz. So tut die Landesregierung beispielsweise zu wenig gegen die Flächenversiegelung, wichtige Regelungen zum Hochwasserschutz wurden abgeschwächt. Wir wollen den Katastrophenschutz stärken durch ein Katastrophenschutzamt auf Landesebene und Vorsorge durch Katastrophenschutzbedarfspläne in den Kreisen und kreisfreien Städten betreiben. Um das Behördenhandeln kurz vor und während der Katastrophe aufzuarbeiten, haben wir Grüne einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss initiiert. Wir erwarten von dem Untersuchungsausschuss auch wichtige Handlungsempfehlungen für die Zukunft.

Seit Ende Oktober haben wir in Nordrhein-Westfalen einen neuen Ministerpräsidenten. Hendrik Wüst steht für die Fortsetzung der Politik der Regierung Armin Laschet, dessen Kabinett er seit 2017 angehört. Statt wohlfeiler Worte können nur konkrete Maßnahmen das Klima retten – dazu gehört der Kohleausstieg 2030. Für den deutlichen Ausbau der Erneuerbaren als wichtige Grundlage zur Transformation unseres Industrielandes NRW muss Solar zum Standard und die unsinnige 1.000-Meter-Abstandsregel für Windkraftanlagen abgeschafft werden. Welche Strategie es für den Flugverkehr braucht, dazu findet Ihr auf den folgenden Seiten einen Beitrag, ebenso wie zum Gerichtsurteil zur Räumung des Hambacher Waldes.

Vorausschauende Politik erwarten wir vom neuen Ministerpräsidenten nicht nur beim Klimaschutz, sondern auch in der Corona-Pandemie. Denn in der Pandemiebekämpfung wiederholt die Landesregierung dieselben Fehler, die sie schon im vergangenen Jahr gemacht hat: Sie fährt auf Sicht, versäumt an der einen Stelle konsequentes Handeln, wie bei der Organisation der Auffrischungsimpfungen, während sie an anderer Stelle durch kopflosen Aktionismus auffällt, wie etwa bei der vorschnellen Abschaffung der Maskenpflicht in den Schulen. Wir fordern von der Landesregierung eine Gesamtstrategie und werden uns weiterhin kritisch und konstruktiv einbringen.

Weitere spannende Grüne Themen erwarten Euch in der aktuellen Ausgabe der GRÜN.KOMMT. Viel Spaß bei der Lektüre

Verena Schäffer und Josefine Paul
Fraktionsvorsitzende

EDITORIAL

Inhalt

Gute Ernährung	----- 3
Ökologisch fliegen?	----- 3
Klimafolgenanpassung	----- 4
Kohleausstieg	----- 6
Digitalisierung	----- 6
Care-Arbeit	----- 7

STUDIE ZU GUTER ERNÄHRUNG

«NRW ISST BESSER!»



NRW NEWS

Essen ist ein alltägliches Bedürfnis. Gleichzeitig verbergen sich dahinter drängende soziale und ökologische Fragen unserer Zeit. Denn was zuhause oder in der Kantine auf den Tisch kommt, hat große Auswirkungen auf unsere Gesundheit, unsere Umwelt, unsere Landwirtschaft, unser Klima. Doch wie kann eine nachhaltige und gesunde Ernährung für alle Menschen ermöglicht werden, unabhängig vom Geldbeutel? Im Auftrag der Grünen Landtagsfraktion haben Professor Dr. Guido Ritter und sein Team des Instituts für Nachhaltige Ernährung (FH Münster) eine Studie zur Ernährungssituation in NRW erstellt und leiten daraus elf Handlungsempfehlungen ab. Diese haben wir bei unserem Kongress „NRW isst besser!“ am 20. November gemeinsam mit Expert*innen aus der Ernährungsbildung und -praxis diskutiert.

Um das Ziel „NRW isst besser!“ zu verwirklichen zu können, zeigt die Studie vielfältige Ansatzpunkte auf: Zentral ist eine Ernährungsstrategie für NRW, die die relevanten Handlungsfelder Gesundheit, Umwelt und Bildung mit bereits bestehenden Strategien zusammendenkt. Für die Umsetzung braucht es kommunale und regionale Strukturen wie Kompetenzzentren, die Wissen im Bereich Ernährungsumgebungen und -bildung bündeln, sowie Food Hubs für regionale Wertschöpfungsnetzwerke. Öffentliche Einrichtungen können mit neuen Richtlinien für eine ausgewogene Verpflegung und Schulungen für das Küchenpersonal in ihrer Vorbildfunktion gestärkt werden. Für Unternehmen und private Einrichtungen gibt es Beratungsangebote.“ Ernährungsscouts stärken lokale Strukturen, um die Verpflegung in Schulen und Kitas gesund und nachhaltig zu gestalten; Erzieher*innen und Lehrer*innen werden fortgebildet. Wo möglich, sollen Küchen eingebaut werden, um mit den Kindern, auch als Teil der Ernährungsbildung, gemeinsam frisch zu kochen. Alle Kinder sollen eine kostenfreie, gesunde und nachhaltige Kita- und Schulverpflegung erhalten, auch damit gesunde Ernährung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Und auch in die berufliche Bildung soll nachhaltige und gesunde Verpflegung integriert werden.

Die vollständige Studie gibt es hier: <https://gruene.fr/1d6>

Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de,
Sprecher für Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz

LUFTVERKEHR

WIE ÖKOLOGISCH KANN FLIEGEN SEIN?



Fliegen ist die klimaschädlichste Art der Mobilität, da das Verhältnis von Personen, zurückgelegter Strecke und verbrauchtem Treibstoff am ungünstigsten ist. Umso wichtiger ist es, jetzt eine Strategie zu entwickeln, wie auch der Luftverkehr absehbar ohne klimaschädliche Emissionen auskommen kann. Denn anders als in der Automobilität ist die Entwicklung in der Luftfahrtindustrie noch ganz am Anfang, es gibt bislang keine nutzbaren Alternativen zum herkömmlichen Verbrennerantrieb. Wir GRÜNE haben deshalb einen Antrag vorgelegt, der verschiedene Maßnahmen von der Landesregierung einfordert, damit es auch in diesem Bereich zu einer klimagerechten Wende kommt.

Nordrhein-Westfalen ist mit seinen beiden Großflughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn sowie mehreren Regionalflughäfen ein bedeutender Luftfahrt-Standort. Außerdem gibt es viele innovative Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Nur mit stark erhöhten Anstrengungen sowohl von Politik, Luftfahrt- und Energieindustrie sowie Wissenschaft und Forschung kann eine weitgehende Klimaneutralität des Luftverkehrs erreicht werden, um auf den 1,5 Grad-Pfad des Pariser Klimavertrages zu kommen. Dazu gehören unter anderem die Forschung und Entwicklung klimafreundlicher Antriebskonzepte, die industrielle Herstellung von synthetischen Treibstoffen und Wasserstoff sowie eine entsprechende „E-Fuels“-Strategie. Voraussetzung wie bei fast allen Maßnahmen zum Klimaschutz ist der massive Ausbau erneuerbarer Energien, weil für alle denkbaren Alternativen große Mengen an klimaneutralem Strom notwendig sind.

Nach wie vor hat die Landesregierung kein Luftverkehrskonzept vorgelegt, das sich neben der Flughafeninfrastruktur in NRW, dem Anwohnerschutz und den zukünftigen Entwicklungen im Passagierverkehr auch mit Fragen des Klimaschutzes auseinandersetzt. Und noch immer gibt es viel Potential zur Verlagerung von Kurz- und Mittelstreckenflügen auf die Schiene, auch dafür sind große Investitionen in die Infrastruktur nötig. Denn klar ist, dass die effektivste Maßnahme, wo immer möglich, die Vermeidung von Luftverkehr ist.

Arndt.Klocke@landtag.nrw.de,
Sprecher für Bauen, Wohnen und Verkehr

Hochwasserschutz

DEN WIEDERAUFBAU ZUKUNFTSFEST GESTALTEN

Die Klimakrise ist längst in Nordrhein-Westfalen angekommen. Hitzewellen, Wasserknappheit, Starkregen, Hochwasser und Waldbrände stellen uns jetzt und in Zukunft vor immer neue Herausforderungen. Die Auswirkungen solcher Ereignisse können dramatisch sein. Das hat zuletzt das Hochwasser im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und in angrenzenden europäischen Ländern deutlich gezeigt.

**KLIMAFOLGE
IN NRW**

Insgesamt starben deutschlandweit über 180 Menschen, davon 49 in NRW. Zahlreiche Dörfer wurden zerstört, Häuser unbewohnbar, Straßen und Schienenwege beschädigt und unbefahrbar, Landwirt*innen erlitten Ernteausfälle, Natur und Umwelt unzählige Folgeschäden.

Statt immer mehr Ausnahmegenehmigungen in Risiko- oder Überschwemmungsgebieten zu erteilen, sollte wieder das Gleichgewicht von bebautem und unbebautem Raum fokussiert werden. Hochwasser kann infolge von Stark- und Dauerregen überall auftreten, nicht nur entlang der großen Flüsse. Deshalb müssen die Einzugsbereiche kleiner Nebengewässer zukünftig in der Risikobetrachtung stärker berücksichtigt werden. Zudem sollte die von der Landesregierung erst dieses Jahr vorgenommene Änderung im Landeswassergesetz rückgängig gemacht werden, die die Festsetzung und vorläufige Sicherung von Überschwemmungsgebieten regelt. Flächen, die dem Hochwasserschutz dienen, könnten dann wieder vor entgegenstehenden Nutzungen geschützt werden. Und dies ist nur eine Stellschraube von vielen, die auf Landesebene falsch gedreht wurden.

Viele Stellschrauben auf Landesebene

Ebenso wichtige Instrumente um die Folgen künftiger Extremwetterereignisse abzumildern oder gar zu verhindern sind etwa die Einschränkung des Flächenverbrauchs, ein konsequenter Regenrückhalt in Hochwasserentstehungsgebieten, eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und die Renaturierung oder auch technische Maßnahmen. Dazu gehören Notwasserwege, Überstaubereiche, Entlastungskanäle, flutfähige Brücken, hochwasserangepasste Gebäude und ein an den Klimawandel angepasstes Talsperrenmanagement. Es ist klar, dass solche immensen Schäden durch Star-

regen- und Hochwasserereignisse wie in diesem Sommer nie vollständig verhindert werden können. Doch wie schnell in Hochwasservorsorge investiert wird und Maßnahmen umgesetzt werden, wird ausschlaggebend dafür sein, welche Schäden in welchem Ausmaß in Zukunft entstehen oder verhindert werden. Und nicht bei allen Orten, die so stark getroffen sind, haben die gleichen Ursachen eine Rolle gespielt. Es bedarf eines Zusammenspiels von Klimaschutz und -anpassung, Hochwasserschutz, nachhaltiger Flächennutzung und wirksamem Katastrophenschutz.

Die Angehörigen des Katastrophenschutzes, also die Einsatzkräfte von Feuerwehren, anerkannten Hilfsorganisationen und dem Technischen Hilfswerk, aber auch die von Bundeswehr und Polizei sowie die vielen Spontanhelfer*innen haben in der Hochwasserkatastrophe unermüdliche Arbeit geleistet und alles gegeben, um Menschenleben zu schützen, zu retten und um vor Ort Hilfe zu leisten. Ihnen allen gilt unser großer und aufrichtiger Dank.

Schlechtes Krisenmanagement der Landesregierung

Anders als Innenminister Reul und Umweltministerin Heinen-Esser haben wir erhebliche Kritik am Handeln der Landesregierung vor und während der Katastrophe. Auf eindeutige Warnungen des Deutschen Wetterdienstes vor einer Hochwasserwetterlage wurde zu spät reagiert. Ein Austausch zwischen Innen- und Umweltministerium vor und in den ersten Tagen der Katastrophe fand nicht statt. Der Krisenstab der Landesregierung, der für die Koordination innerhalb der Landesregierung und mit den Kommunen sorgen soll, wurde erneut nicht eingesetzt. Die Landesregierung hätte die Bürger*innen selbst warnen können, tat dies aber nicht. Wegen dieser Fehler haben wir ein Diskussionspapier zur Stärkung



des Katastrophenschutzes verfasst, für das wir viel positive Resonanz auch aus der Fachwelt erhalten haben. Wir fordern darin unter anderem, die Landeskompetenzen bei Katastrophen auszubauen und ein eigenes Katastrophenschutzamt auf Landesebene. Zudem müssen die Warnsysteme verbessert und die Selbsthilfefähigkeit der Bürger*innen gestärkt werden. Besonders wichtig ist uns auch, dass kreisfreie Städte und Kreise Katastrophenschutz-Bedarfspläne einführen. Schon jetzt gibt es dort Bedarfspläne für den Brandschutz. Für den Katastrophenschutz sind sie genauso wichtig, um auf unterschiedliche Szenarien bestmöglich vorbereitet zu sein. Die Menschen erwarten zu Recht Antworten auf die Fragen, wie die Behörden während der Hochwasserkatastrophe gehandelt haben und warum nicht eher gewarnt wurde.

Aufklärung im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Aus diesem Grund haben wir Grüne bereits früh einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) gefordert. Eine politische Aufarbeitung der Geschehnisse mit Blick auf das Behördenhandeln ist unumgänglich. Nicht allein aus Respekt vor dem Leid der Betroffenen und den entstandenen Sachschäden in Millionenhöhe, sondern auch mit Blick auf ein optimiertes Krisenmanagement in zukünftigen Situationen. Ein gemeinsam mit der SPD-Fraktion gestellter Antrag zur Einsetzung des PUAs wurde im September im Plenum angenommen. Schon zur konstituierenden Sitzung Anfang Oktober haben wir Beweisunterlagen zur Aktenbeziehung aus den betroffenen Ministerien auf Landes- und Bundesebene und aus den nachgeordneten Behörden sowie der zuständigen Wasserverbände eingereicht und die zügige Herausgabe von Telekommunikationsverbindungsdaten angefordert.

Der PUA zur Hochwasserkatastrophe hat den Auftrag, mögliche Versäumnisse, Unterlassungen, Fehleinschätzungen und etwaiges Fehlverhalten der Landesregierung und der ihr nachgeordneten Behörden, der Wasserverbände und Talsperrenbetreiber bei der Abwehr von Gefahren für Bürger*innen aufzuklären - vor, während und nach dem Starkregen. Hierzu werden wir innerbehördliche und inner- und interministerielle Informationsflüsse der Landesregierung sowie mit den kreisfreien Städten und Kreisen als untere Katastrophenschutzbehörden untersuchen. Wir werden deshalb auf einer zeitnahen Vernehmung unter anderem von Ministerpräsident a. D. Laschet, Innenminister Reul und Umweltministerin Heinen-Esser bestehen. Von ihnen erwarten wir eine umfangreiche Darlegung und Aufklärung der Abläufe innerhalb der Landesregierung.

Klimaschutz, Klimaanpassung und präventiver Hochwasserschutz sind Daueraufgaben für die kommenden Jahrzehnte. Daher ist uns Grünen die sorgfältige Aufarbeitung der Katastrophe vom Juli 2021 so wichtig. Besonders Kreise und Kommunen benötigen in Zukunft mehr fachliche und finanzielle Unterstützung durch das Land. Beim Hochwasser- und Katastrophenschutz und auch bei der Klimaanpassung muss die Landesregierung insgesamt mehr Verantwortung übernehmen und darf Kreise und Kommunen mit dieser gewaltigen Aufgabe nicht länger alleine lassen.

Johannes Rimmel@landtag.nrw.de, Obmann im PUA - Wibke Brems@landtag.nrw.de, Sprecherin für Klimaschutz und Energie - Verena.Schaeffer@landtag.nrw.de, Sprecherin für Innenpolitik - Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de, Sprecher für Umweltpolitik

KOHLEAUSSTIEG

ALLE DÖRFER MÜSSEN BLEIBEN



NRW NEWS

Um die Ziele des Bundes- und NRW-Klimaschutzgesetzes erreichen zu können, muss der Kohleausstieg bis 2030 abgeschlossen sein. Es ist ein erster Schritt, dass auch Ministerpräsident Wüst zu dieser Erkenntnis gelangt ist. Die Konsequenz daraus heißt: Es dürfen keine weiteren Dörfer mehr für den Kohleabbau zerstört werden. Doch die Landesregierung stiehlt sich aus der Verantwortung, zeigt mit dem Finger auf die Bundesregierung und lässt RWE freie Hand. Damit nimmt sie weitere Eskalationen in der Region billigend in Kauf. Stattdessen müsste sie alles für ein möglichst schnelles Ende der Kohle und einen Erhalt von Dörfern, Heimat und Natur tun. Nur so kann der Konflikt um die Braunkohle nachhaltig befriedet werden. Dass die Landesregierung auch vor rechtswidrigem Verhalten nicht zurückschreckt, um RWE den ungestörten Abbau der Braunkohle zu ermöglichen, zeigt das Beispiel der Räumung des Hambacher Waldes im Jahr 2018. Die Landesregierung ließ damals mit dem größten Polizeieinsatz in der Geschichte Nordrhein-Westfalens den Hambacher Wald räumen. Sie wollte damit Fakten schaffen und RWE die Rodung ermöglichen, obwohl parallel die Kohlekommission über den Kohleausstieg beriet und Gerichtsverfahren anhängig waren. Wovor schon damals gewarnt wurde, ist eingetreten: Der Einsatz war vollkommen sinnlos und vor allem war er gefährlich – ein Mensch ist dabei ums Leben gekommen. Anfang September dieses Jahres hat dann auch das Verwaltungsgericht Köln geurteilt, dass der Einsatz nicht rechtmäßig war. Die Landesregierung verweigert bislang ein Schuldeingeständnis und die Übernahme politischer Verantwortung. Stattdessen erzwingt sie ein Berufungsverfahren vor dem Oberlandesgericht mit unsicherem Ausgang, gegen den erklärten Willen des Stadtrates von Kerpen. In den von Zerstörung bedrohten Dörfern am Tagebau Garzweiler könnte die Landesregierung beweisen, dass sie dazugelernt hat. Sie muss jetzt die Grundlagen für einen Kohleausstieg bis 2030 und den Erhalt der Dörfer legen und die Entscheidung nicht wieder Gerichten überlassen. Jetzt steht Ministerpräsident Wüst im Wort dafür zu sorgen, dass alle Dörfer bleiben.

Wibke.Brems@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Energie und Klimaschutz

DIGITALISIERUNG

DÜRFTIGE BILANZ VON SCHWARZ-GELB



2019 hat die Landesregierung eine Digitalstrategie für Nordrhein-Westfalen vorgelegt. In einer Großen Anfrage mit 512 Fragen haben wir den Stand der Umsetzung und der Digitalisierung in NRW insgesamt abgefragt. Das Ergebnis: Die Digitalbilanz der Landesregierung ist mehr als dürftig. Erst 18 Prozent der 44 Ziele wurden erreicht, mehr als ein Drittel verfehlt. Der Weg zu einem digitalisierten NRW ist noch weit. Das Digitalministerium ist ein Etikettenschwindel. Ihm fehlen konkrete Durchgriffsrechte gegenüber anderen Ministerien, so dass diese tun können, was sie wollen, oder eben nichts machen. Da hilft ihnen, dass das Digitalministerium manche Ziele nicht überprüft. Einige Ziele der Digitalstrategie waren so ambitionslos, dass sie ohne viel Handeln erreicht werden können. Andere waren so unspezifisch, dass sie sich nicht messbar überprüfen lassen. Und einige Ziele waren wohl zu hochgesteckt: So verpasst die Landesregierung ihre eigenen Ziele bei der Anbindung von Privathaushalten, Schulen und Gewerbegebieten an schnelles Internet. 58 Prozent der Schulen, 80 Prozent der Gewerbegebiete und 84 Prozent der Haushalte sind noch nicht mit Glasfaseranschlüssen versorgt. Dabei gilt für die Landesregierung ein Grundstück schon als „versorgt“, wenn das Kabel nur durch die Straße führt, auch wenn das Grundstück nicht angeschlossen ist. Und auch die digitale Verwaltung lässt weiter auf sich warten – nur etwas mehr als ein Drittel der Prozesse ist digitalisiert. Wir brauchen endlich einen verbindlicheren Pfad, wie Glasfaser und 5G flächendeckend in NRW ausgebaut werden. Das Land muss den Genehmigungsturbo zünden. Auch die Digitalisierung der Wirtschaft kommt nicht voran. Gerade der Mittelstand hat weiterhin erheblichen Aufholbedarf. Potentiale von sozialen und ökologischen Start-ups bleiben liegen. Es braucht gezielte Förderprogramme und spezialisierte Anlauf- und Beratungsstellen für Social Entrepreneurs. Im Klimaschutz, bei dem Digitalpolitik eine mitentscheidende Rolle spielen könnte, ist Digitalisierung für Schwarz-Gelb nur ein Randthema. Hier bleiben enorme Potentiale ungenutzt. Alle Antworten auf die Große Anfrage gibt es hier: <http://gruene.fr/1d2>.

Matthi.Bolte-Richter@landtag.nrw.de,
Sprecher für Wissenschaft und Digitalisierung

FACHKRÄFTEMANGEL

ZUKUNFT DER CARE-ARBEIT SICHERN: JETZT HANDELN!



Fachkräfte sind Kern einer guten sozialen Infrastruktur und gleichzeitig Kitt unserer Gesellschaft. Daher ist der Fachkräftemangel insbesondere in der bezahlten Care-Arbeit – also Sorgearbeit – eines der größten Probleme von Nordrhein-Westfalen. Die Folgen sind längst deutlich spürbar. So gibt es bereits Kindertageseinrichtungen, die offene Stellen nicht besetzen können, weil sie keine Bewerber*innen finden. Die Bertelsmann-Stiftung stellt in ihrem „Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2020“ fest, dass 78 Prozent der Kinder in NRW in Gruppen mit nicht kindgerechtem Personalschlüssel, also von zu wenig Kita-Fachkräften, betreut werden.

Wenn Erzieher*innen, Kranken- und Altenpflegekräfte fehlen, betrifft das nicht nur Kinder und ihre Eltern sowie Pflegebedürftige und ihre Angehörige. Gerade auch die Pflegekräfte und Care-Arbeiter*innen selbst leiden unter der täglichen Mehrbelastung, wenn ihre Einrichtung kein neues Personal findet. Solche prekären und nicht nachhaltigen Arbeitsbedingungen verschärfen den Personalmangel nur noch weiter, weil sie dazu führen, dass sich die verbleibenden Fachkräfte ebenfalls beruflich umorientieren - ein Teufelskreis.

Der Vorsitzende des Errichtungsausschusses der Pflegekammer NRW betonte, dass im Jahr 2020 rund 9.000 Pflegekräfte aus ihrem Beruf ausgestiegen seien. Es ist dringend notwendig, jetzt gegenzusteuern, um Care-Berufe wieder attraktiver und erfüllender zu machen. Dabei sind die gesellschaftliche Anerkennung und finanzielle Wertschätzung zwei wesentliche, aber nicht die einzigen Stellschrauben: Neben der personellen Entlastung kann auch die Zuteilung und Art der Arbeit eine große Entlastung darstellen. So können zum Beispiel Fachkräfte in Kitas durch Verwaltungs- und Hauswirtschaftskräfte entlastet werden. Sie haben dann mehr Zeit für die pädagogische Arbeit

mit den Kindern.

Aber auch Entwicklungsmöglichkeiten in den einzelnen Berufen und eine bessere Möglichkeit zur Mitbestimmung machen Arbeitsplätze interessant und attraktiv. Pflegefachkräfte, die Pflegewissenschaften studiert haben, müssen für ihre Kompetenzen anerkannt werden und ihr Wissen an ihrem Arbeitsplatz anwenden können. Bei der Frage, wie die verschiedenen Gesundheitsberufe auf Augenhöhe miteinander arbeiten können, wird auch die zukünftige Pflegekammer eine Rolle spielen. Sie muss zum Beispiel in Gesetzgebungsverfahren rund um die Pflege angehört werden.

Der Forschungsbericht des Bundesfamilienministeriums „Kindertagesbetreuung & Pflege – attraktive Berufe?“ hat gezeigt, dass Jugendliche und junge Menschen durchaus daran interessiert sind, Care-Arbeit als Berufsfeld auszuwählen. Demnach können sich 24 Prozent von ihnen in Deutschland vorstellen, eine Arbeit in der Kindertagesbetreuung auszuüben, 21 Prozent in der Pflege. Um die Entscheidung von jungen Menschen für einen der Care-Berufe zu erleichtern, muss diese Ausbildung vergütet, die Entwicklungsmöglichkeiten im Beruf gestärkt und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Darüber hinaus brauchen wir ausreichend Schulplätze in NRW, um eine Ausbildung in diesen Berufsfeldern anbieten zu können. Wenn wir die bezahlte Care-Arbeit langfristig sichern wollen, brauchen wir eine ganzheitliche Strategie, die kurzfristige und langfristige Maßnahmen umfasst. Aber vor allem muss das Problem jetzt angegangen werden.

Josefine.Paul@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Kinder, Jugend und Familie
Mehrdad.Mostofizadeh@landtag.nrw.de,
Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales

ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT – regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an datenschutz.gruene@landtag.nrw.de.

NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage www.gruene-fraktion-nrw.de anmelden oder uns eine E-Mail an gruene-pressestelle@landtag.nrw.de schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.

IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW
Mehrhad Mostofizadeh MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt:

Tel 0211 884-2887
Fax 0211 884-2890
www.gruene-fraktion-nrw.de
gruene-pressestelle@landtag.nrw.de



GrueneFraktionNRW



@gruenefraknrw



gruene_fraktion_nrw

Redaktion und Gestaltung:
Guido von Wiecken

Bildnachweis:

S. 1/8: Corona Borealis Studio@shutterstock.com – S. 2, 6l: Guido von Wiecken@GRÜNE im Landtag – S. 2 (Portrait): Linda Hammer – S. 3l: Zaki-Alewadi@pixabay.com – S. 3r: cocoparisienne@pixabay.com – S. 5: Marc Bruxelles@shutterstock.com – S. 6r: Daniel Dino-Slofer@pixabay.com – S. 7: BaanTaksinStudio@shutterstock.com

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt: Tamer Düzyol, Sonja Fasbender, Michael Kersken, Freya Kuhn, Laurens Lange, Désirée Linde, Patrick Motté, Dr. Katrin Schaaff, Julian Schönbeck, Cornelia Schröder, Kristina Zippel

Stand: November 2021

Dieses Magazin darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.